

Wo liegt das Problem?

Diesen Sommer überschritt die Schweiz die EinwohnerInnenzahl von 8 Millionen. Nicht nur wegen des Sommerlochs Anlass für Schlagzeilen. PolitikerInnen von rechts und links forderten eine restriktive Einwanderungspolitik. Der Kern des Problems liegt allerdings an einem anderen Ort.

Balthasar Glättli

Bereits in den 60er-Jahren prognostizierte der St. Galler Professor Kneschaurek als Experte im Auftrag des Bundes für das Jahr 2000 die 10-Millionen-Schweiz. Die Aufregung war riesig, die Reaktionen massiv. Und die Debatte tönte vor Jahrzehnten ähnlich wie heute: Zersiedelung und Verkehrskollaps wurden kritisiert, vor einer Mietzins-Explosion gewarnt. Gemacht wurde dagegen fast nichts. Stattdessen baute man die Verkehrs-Infrastruktur massiv und in der Breite aus. Zuerst auf der Strasse, dann auch beim öV – eher Anreiz als Abreiz zur Zersiedelung. Jahr für Jahr wurden die Arbeitswege länger, die Distanz zwischen Wohnen und Arbeiten grösser.

Die Panik vor der «Überbevölkerung» selbst war allerdings verfehlt. Mit den Wirtschaftskrisen ging das Bevölkerungswachstum zurück. Mitte der 70er-Jahre nahm die Bevölkerung gar kurze Zeit ab, Hauptgründe waren Pillenknicke und die Tatsache, dass das Saisonierstatut es der Schweiz erlaubte, die Arbeitslosigkeit in Form ausländischer Arbeitsloser zu exportieren. Erst 2012, ein knappes halbes Jahrhundert später also, überschreitet die Schweiz nun diesen Sommer die Grenze von 8 Millionen EinwohnerInnen.

Falsche Fixierung auf die Einwohnerzahl

Reflexartig wurde wieder die alte Debatte geführt. Die Fixierung auf die Einwohnerzahl als Haupt-Kenngrösse ist allerdings falsch. Viel stärker als die Einwohnerzahl hat sich seit den 60ern unser Lebensstil geändert. Mit der heutigen Verschwendung von Energie, Ressourcen, Boden und Wohnfläche pro Kopf und dem heutigen Ausbau der Mobilität wäre auch eine 6-Millionen-Schweiz nicht klimafreundlich, nicht nachhaltig und ebenso zersiedelt. Nehmen wir als Beispiel die Mobilität: Von 1980 bis 2008 nahm in der Schweiz die Zahl der EinwohnerInnen von 6,3 Millionen auf 7,7 Millionen zu (+22 Prozent). Die Zahl der immatrikulierten Personenwagen stieg im selben Zeitraum jedoch von 2,7 auf 5,2 Millionen (+94 Prozent).

(Die Zahlen und Grafik hat Andreas Kyriacou aufgrund offizieller Statistiken erstellt). Parallel dazu wurde auch der ÖV massiv ausgebaut.

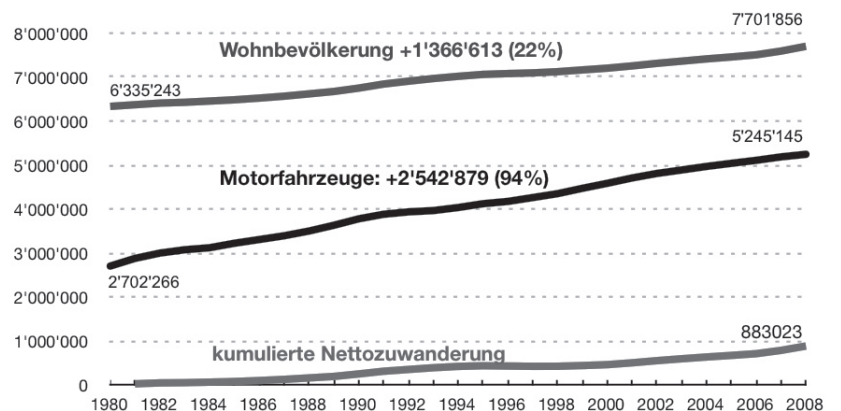
Da sollten wir uns über die Folgen nicht wundern. Bleibt der Trend zum Zweitwagen ungebrochen, so schützt uns auch ein vollständiger Bevölkerungsstopp nicht vor volleren Strassen, Staus, Lärm und Umweltverschmutzung. Und bei aller grünen Freude über den öV-Ausbau muss die kritische Frage erlaubt sein, wieweit auch der öV zur Zersiedelung beiträgt – um hier gegenzusteuern, muss die Raumplanung verbindlich die Siedlungsentwicklung auf bereits gut erschlossene Gebiete und die innere Verdichtung beschränken.

Es gibt nicht nur Probleme, sondern auch gangbare Wege hin zu Lösungen. Wer allerdings fälschlicherweise von der Bevölkerungsgrösse als Hauptursache des Problems ausgeht, wird – angesichts der niedrigen Geburtenquote – zwangsläufig auf die falschen Rezepte kommen: Zuwanderungsbeschränkung durch Abschottung oder bürokratische staatliche Zuwanderungsregulierung, wie wir sie jahrzehntelang kannten.

«It's the economy, stupid.»

Wer dagegen versteht, dass der Grund für die Zuwanderung weder Verschwörungen von EU-Bürokraten noch links-grüne Einwanderungsträume sind, wird auch die treffende Antwort darauf finden, wo wir gestaltend eingreifen müssen, wenn wir die Probleme wirklich lösen wollen: It's the economy, stupid.

Die Wirtschaft und auch die öffentliche Hand rufen heute jene Arbeitskräfte, die sie brauchen. Wesentliche Defizite im Ausbildungsbereich tragen dazu bei, dass in einigen Branchen der AusländerInnen-Anteil steigt: Wir bilden weder genug Ingenieure noch genug Pflegepersonal aus. Weil umgekehrt Deutschland seit der Regierung Schröder/Fischer konstant eine unsoziale Niedriglohnpolitik verfolgt –



diese Exportweltmeister-Wirtschaftspolitik ist notabene zum Schaden des ganzen Euroraums und hat wesentlich zur Krise des Euro beigetragen – ist die Schweiz für die entsprechend gut ausgebildeten deutschen ArbeitnehmerInnen zusätzlich attraktiv.

Umgekehrt hat die Schweizer Wirtschaft und die Mehrheit der Politik nicht nur das falsche Ziel «Wachstum um jeden Preis» – sondern sie setzt es auch stümperhaft um: Sie hat sich darauf verlegt, den Umsatz zu vergrössern. Das BIP pro Kopf dagegen stagniert. Statt Innovationen zu kreieren, wird Menge gebozt. Statt Energie zu sparen, wird weiter verschwendet. Da können nicht mal intelligente Wachstumsturbos Freude dran haben!

Umso zentraler ist es, dass nun nicht nur Linke und Grüne, sondern auch die bürgerlichen Grünliberalen den Umbau der Wirtschaft ins Zentrum stellen. Grüne und Grünliberale sind im Sammellendspurt für ihre Initiativen «Für eine grüne Wirtschaft» und «Energisteuer statt Mehrwertsteuer», die SP hat bereits die «Clean Tech» eingereicht – sie alle ergänzen sich. Sie setzen Anreize und justieren die Rahmenbedingungen hin zu einem Wirtschaften mit einem immer geringeren ökologischen Fussabdruck. Um Missverständnissen vorzubeugen zum Schluss noch eine Klarstellung: Wenn sich der Bevölkerungszuwachs bremsen lässt – weltweit wie auch in der Schweiz –, dann ist dies sicher nichts Schlechtes. Aber wer meint, damit dann einfach so schon den Königsweg zur Lösung aller künftigen Probleme gefunden zu haben, täuscht sich gewaltig.

Die «Décroissance», der Abschied vom Wachstumszwang, der Ausbruch aus dem Konsumismus hin zu einer anderen Lebensweise bleibt für uns als Gesamtgesellschaft eine riesige Herausforderung. Diesen Wandel sozial verträglich zu gestalten, noch viel mehr!